

BUCHBESPRECHUNGEN

ALEXANDER ECKSTEIN COMMUNIST CHINA'S ECONOMIC GROWTH AND FOREIGN TRADE

Mc Graw-Hill Book Company, New York 1966. 366 S.
Implications for US Policy.

Ein Bild der Welt, in der wir leben, hat man nicht, wenn man nicht auch eine Vorstellung von Chinas Gegenwart und Zukunft hat. Es ist jedoch nicht leicht, sich solch eine Vorstellung zu bilden; es ist leichter, ein Zerrbild zu erhalten. Es ist deshalb wohl angebracht, auf ein allerdings zunächst nur in englischer Sprache erschienen Buch hinzuweisen, das in hervorragender Weise eine Idee von der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas unter dem Regime *Mao's* vermittelt. Professor Ecksteins Buch über das wirtschaftliche Wachstum des kommunistischen China und über gewisse Folgerungen für die amerikanische Politik ist die Frucht eines erfolgreichen Bemühens, dem Leser wissenschaftliche Befunde verständlich wiederzugeben.

Das Buch erscheint zu einer Zeit, da die Zeitungen über gewaltige politische Auseinandersetzungen innerhalb Chinas berichten, deren Einfluß auf die Wirtschaft noch nicht abzuschätzen ist. Professor Ecksteins Buch erörtert die chinesische Wirtschaftsentwicklung bis in das Jahr 1965. Der Schilderung der vorsichtigen Wirtschaftspolitik, die dem Fehlschlag des „Großen Sprunges“ folgte, schließt er eine kurze Charakterisierung an, die wahrscheinlich ein Schlüssel zum Verstehen der durch die Schlagworte „Rote Garde“ und

„Kulturrevolution“ gekennzeichneten Vorgänge ist:

„Chinas Entwicklungsaussichten könnten auch beträchtlich durch Änderungen in der Innenpolitik beeinflußt werden. In den letzten Jahren haben die chinesischen Kommunisten eine vorsichtige und mehr oder weniger konservative Wirtschaftspolitik befolgt, den Steuer- und Ablieferungsdruck auf die Bauern erleichtert, ein im allgemeinen der Landwirtschaft günstiges Einkommenssystem zu entwickeln versucht, die Sparrate niedrig gehalten und einen großen Teil der Investitionen in die Landwirtschaft und die für die Landwirtschaft arbeitenden Industrien kanalisiert. Diese Politik ergibt jedoch eine Art der Verteilung der verfügbaren Mittel, die den ideologischen und programmatischen Verkündungen der Führung stark zuwiderläuft. Sie ergibt eine niedrige Investitionsrate und industrielle Wachstumsrate. Deshalb ist die gegenwärtige Wirtschaftspolitik in vieler Hinsicht gegen den Geschmack des Regimes — so sehr, daß sie eine ständige Spannung hervorruft zwischen dem, was die Führung wünscht und erhofft, und dem, was sie als möglich und notwendig ansieht.

Diese Spannung kann ihrerseits die Führung in Versuchung führen, wiederum zu kühnen Maßnahmen zu greifen, um aus dem Bereich der Rückständigkeit auszubrechen. Solche Versuche könnten leicht zu einem erneuten wirtschaftlichen Zusammenbruch und einer Krise führen. Eines der ernstesten Probleme der Führung ist daher, wie die eigene Ungeduld zu zügeln wäre.“

In dem ersten Jahrzehnt ihrer Herrschaft haben die chinesischen Kommunisten eine chao-

tische und zerfallene Wirtschaft in eine funktionierende Ordnung gebracht. Dies wäre ohne die schlüsselfertigen Fabriken und die Techniker, die von Rußland geschickt wurden, kaum möglich gewesen. Selbst wenn vieles dafür spricht, daß die russischen Lieferungen nur eine Form des Warenaustausches waren und weit weniger „brüderliche Hilfe“, so blieb doch die Tatsache, daß für diese Lieferungen Kredite gewährt wurden und China mit Konsumgütern zahlen durfte, die anderswo wenig Zahlungswert gehabt hätten. Nach 1955 hörte jedoch der Fluß der Lieferungen auf und die Kredite liefen 1957 aus. Im Jahr 1960 aber wurde der gesamte Entwicklungsplan der Chinesen durch den plötzlichen Rückruf der russischen Techniker unterminiert.

Die wesentlichen Ursachen dafür, daß die russisch-chinesischen Beziehungen sich zunehmend verschlechterten, lagen außerhalb des wirtschaftlichen Bereiches. Eckstein weist jedoch darauf hin, daß, als die Chinesen die Politik des „Großen Sprunges“ begannen, sie den Rat der russischen Fachleute in den Wind schlugen und daß so deren Lage unhaltbar wurde.

Die Politik des „Großen Sprunges“ führte zu einer plötzlichen Auflösung der zentralen Wirtschaftsführung. Die Parteikader im Lande erhielten den Auftrag, überall eine spontane Masseninitiative zu erzeugen und die Planziele zu übertreffen. In der Landwirtschaft führte das zur Schaffung der Kommunen, durch die man hoffte, die überschüssige Arbeitskraft der Bauern ausnützen zu können.

Eine mögliche Erklärung für die „Erfindung“ dieser Politik sieht Eckstein in der militärischen Vorgeschichte der kommunistischen Führungsschicht. Während des langen Bürgerkrieges von 1927 bis 1949 befanden sich kleine kommunistische Kader oft in der Isolierung und mußten sich ohne Kontakt mit der Parteizentrale durchschlagen. Im Jahr 1957 glaubten sie, daß in analoger Weise die lokalen Kader die wirtschaftlichen Widerstände besiegen könnten. Auch diese Erklärung hilft dem Verstehen der neueren politischen Auseinandersetzungen, in denen man deutlich die Wiederholungen gewisser Taktiken des Bürgerkrieges — örtliche Überraschungangriffe — wiedererkennen kann.

Der Mißerfolg des „Großen Sprunges“, der die landwirtschaftliche Produktion auf ihren niedrigsten Stand brachte, das Transportwesen in ein Chaos stürzte und Statistiken durch Siegesberichte ersetzte, warf die Entwicklung nach der Schätzung Ecksteins um zehn Jahre zurück.

Trotz dem erlittenen Rückschlag ist China eine wirtschaftliche Macht im asiatischen Bereich; es hat Indien hinter sich gelassen und steht nur hinter Japan zurück. Chinas Stellung in der Welt zu bestimmen, ist weit

schwieriger. Nimmt man die Produktion per Kopf der Bevölkerung, die für den Lebensstandard bestimmend ist als Grundlage, so befindet sich China tief unten in der Rangordnung. Für seine Stellung als militärische und politische Macht ist aber die Produktionskapazität als solche bestimmend. Allein durch seine Bevölkerungszahl ist China eine Macht. Andererseits belastet die jährliche Zunahme um 15 Millionen Menschen die wirtschaftliche Entwicklung. Sie ruft einen Wettlauf zwischen der Zahl der Mäuler und der Nahrungsmittelproduktion hervor.

Das Buch endet mit einer Untersuchung über die Wirkung des amerikanischen Handelsembargos gegen China und sieht in diesem einen Störungsfaktor von relativ geringer Kraft. Eckstein glaubt daher, daß die Vereinigten Staaten das Handelsembargo im geeigneten Augenblick als Signal für eine Verständigungsbereitschaft fallen lassen könnten, ohne sich viel zu vergeben.

Der Autor hält sich bis zuletzt an sein wirtschaftspolitisches Thema, ohne die geopolitischen und ideologischen Probleme zu berühren, aber er drückt die Überzeugung aus, daß die Vereinigten Staaten und China notwendigerweise herausfinden werden, daß sie in dieser Welt miteinander existieren müssen, wenn sie nicht deren Existenz selbst in Frage stellen wollen.

Sebastian Franck

VIOLA GRÄFIN VON BETHUSY-HUC DAS SOZIALLEISTUNGSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1965. 290 S.,
brosch. 36 DM, Ln. 41 DM.

Sozialreform — dieses Schlagwort beherrscht die sozialpolitische Diskussion in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung. Die Unzufriedenheit mit dem überkommenen System der sozialen Sicherheit faßte *Gerhard Mackenroth* schon 1952 so zusammen: „Alle Fachleute in Wissenschaft, Politik und Sozialverwaltung sind sich darüber einig, daß auf dem Gebiet der Sozialleistungen in Deutschland heute ein heillosen Wirrwarr herrscht.“ 13 Jahre später sieht Viola Gräfin von Bethusy-Hue die Sozialpolitik in einer Sackgasse.

Mit ihrer Arbeit will sie — wie es im Vorwort heißt — „die wichtigsten Faktoren, die für das Scheitern der Sozialreform verantwortlich sind, durch eine Analyse der sozialen Sicherungspolitik herausarbeiten, um auf diese Weise Ansatzpunkte für eine bessere sozialpolitische Arbeit aufzuzeigen“.

Diese Analyse beginnt mit dem geltenden System der öffentlichen Sozialleistungen, die nach Umfang, volkswirtschaftlicher Bedeutung und Aufbringung der Mittel untersucht werden. Dabei arbeitet die Autorin heraus, daß

rund 50 vH der Aufwendungen für die soziale Sicherheit über die Preise von den Verbrauchern finanziert werden. Der diesen einführenden Teil abschließende internationale Vergleich der öffentlichen Sozialleistungen kann allerdings nur mit großen Bedenken zur Erhärtung der These herangezogen werden, daß die Bundesrepublik dasjenige Land sei, „dessen soziales Sicherungssystem am entwickeltsten ist, weil es sogar noch vor jenen Ländern rangiert, die heute immer als klassisches Beispiel für einen sogenannten Wohlfahrtsstaat“ angeführt werden.“ (S. 22) Die hier angeführten Zahlen beziehen sich ausnahmslos auf das Jahr 1954, außerdem sind die Unterschiede in der Struktur, den Bedingungen der Gewährung und die Höhe der Hilfen im Einzelfall nicht in ein für internationale Vergleiche nötiges Schema zu pressen.

Im folgenden Abschnitt, der die Grundprinzipien und Rahmenbedingungen der Sozialpolitik untersucht, bietet die Verfasserin eine Erläuterung der üblicherweise genannten Grundanliegen, nämlich dem der Gerechtigkeit (verstanden als Vorstellung von gleichen Startchancen und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Bürger) und der persönlichen Freiheit (verstanden als Forderung nach Freizügigkeit bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl, als Möglichkeit der persönlichen Entfaltung und Selbstverantwortung). Die weiter aufgeführten „Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität“ können dagegen nur als Ordnungsregeln, nicht aber als Axiome der Sozialpolitik betrachtet werden. Zudem vermögen die Bemühungen um eine Inhaltsbestimmung dieser Begriffe nicht zu überzeugen. Wissenschaftslogisch ist längst erwiesen, daß Versuche, Verhaltensmaximen wie das Subsidiaritätsprinzip z. B. aus dem „Bauprinzip des sozialen Lebens“ (S. 32) abzuleiten, zu Leerformeln führen müssen.

Gegen die Forderung nach Solidarität zwischen den Individuen und sozialen Gruppen läßt sich weiter der Einwand geltend machen, daß auf sie konkrete Entscheidungen nicht zurückgeführt werden können, da Solidarität zwar gefordert, nicht aber erzwungen werden kann; allenfalls kann es Aufgabe der Haltungspflege sein, solidarisches Bewußtsein hervorzurufen. Ob eine solche Haltung heute noch tatsächlich vorhanden ist, kann man nicht, wie es die Verfasserin tut, aus dem Hinweis auf die spontane Hilfsbereitschaft in den ersten Nachkriegsjahren folgern.

Die Beschränkung auf nur zwei Grundanliegen und die dogmatische Anwendung von Leerformeln verführt die Verfasserin dann zu recht zweifelhaften Thesen: „Die Anerkennung des Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzips impliziert . . ., daß für alle nicht versicherungsmäßig begründeten Leistungen des Staates es den Nachweis der Bedürftigkeit geben sollte“ (S. 189), oder: „Gerade in bezug auf die Berechnung der individuellen Renten sollte mehr

Gewicht auf die Herrschaft sowohl des Solidaritäts- wie des Subsidiaritätsprinzips gelegt werden.“ (S. 204.) Spätestens bei solchen Forderungen wird die verhängnisvolle Wirkung deutlich, die sich aus der Beschränkung ergibt, die sich die Verfasserin zu Beginn selbst auferlegt, indem sie darauf verzichtet, „den philosophischen Hintergrund der sozialpolitischen Ziele und das gesamte Wertsystem der Gesellschaft, in das sie eingebettet sind, auch nur andeutungsweise darzustellen.“ (S. 28.)

Dieses Versäumnis rächt sich und läßt viele ihrer Aussagen unbefriedigend, wenn nicht unhaltbar erscheinen. Äußerungen von Interessen bei der Gestaltung der Sozialpolitik — und um die Durchsetzung von Entscheidungen auf Grund von Interessen geht es doch immer in der Politik — tut sie als Ideologie ab, wobei sie übersieht, daß sie selbst eine solche vertritt: die Ideologie der Ideologielosigkeit. Wissenschaftliche Beratung der Politik ist folglich für sie nur möglich, „wenn von den eigenen Interessen und der eigenen Standortbedingtheit abstrahiert wird bzw. . . . wenn die Aussagen von Derivaten solcher Interessen bereinigt werden.“ (S. 248.)

Mit diesen kritischen Bemerkungen soll nicht die Bedeutung der Arbeit geleast werden. Die Autorin hat sich schon allein mit ihrem Hauptteil, der eine hervorragende Übersicht über die Reformpläne und Reformideen zur sozialen Sicherung und über die sozialpolitische Gesetzgebung seit 1945 bietet, Anerkennung verdient. Anschließend wird untersucht, ob die bisherige Sozialpolitik mit den oben genannten „Prinzipien“ übereinstimmt und ob die materiellen Leistungen den „sozialen Anliegen“ entsprechen. In den folgenden Ausführungen über die technische Ausgestaltung des Rechtsgebietes der sozialen Leistungen und ihre Wirkungen kommt sie zu einer Reihe von Einwänden: die Mehrschichtigkeit und Mehrgleichigkeit, die Unübersichtlichkeit der sozialen Leistungen. Sie beleuchtet die Starrheit des bürokratischen Systems, die sich aus der Justifizierung sozialer Notstände ergibt, und sie kritisiert hart das außerordentlich unübersichtliche Bild der Kompetenzen in der Ministerialbürokratie und die Machtansprüche und Monopolstellung der Funktionäre des sozialen Sicherungsapparates, das „Meinungsvakuum“ bei Politikern und Parlamentariern und die Politik der Wahlgeschenke.

Folgt man ihren Ausführungen, so sind es drei Gründe, die bisher eine echte Sozialreform verhindert haben:

„1. Die Unkenntnis der Masse der Staatsbürger über die Zusammenhänge zwischen Sozialleistungen und Sozialaufwand und dessen Aufbringung. 2. Der Gruppenegoismus, der gegenseitige Gruppenneid und die Anspruchshaltung der verschiedenen sozialen Gruppen, durch die das Verhältnis der Gruppen und ihrer Mitglieder zum Staat und der Gruppen

untereinander gekennzeichnet ist. 3. Die Funktionen der Parteien als Drehscheibe von Interessen, die nicht eigene existentielle Interessen sind, deren Durchsetzung oder Hemmung jedoch der Machtmaximierung der Parteien dienen sollen." (S. 258.)

Während die Autorin bereit ist, den dritten Grund als ein „Konstruktionsprinzip der Demokratie“ hinzunehmen, betrachtet sie als Voraussetzung einer Reform unseres heutigen Sozialleistungssystems das Ergreifen sozialpädagogischer Maßnahmen, mit deren Hilfe erstens falsche Vorstellungen darüber beseitigt werden sollen, aus welchen Quellen die Mittel fließen, die der Staat für Zwecke der sozialen Sicherheit ausschüttet, und zweitens soll durch Erziehung und Bildung erreicht werden, daß an die Stelle der „Anspruchshaltung des einzelnen gegenüber dem Staat“ ein Verantwortungsbewußtsein tritt.

Wem die Versäumnisse einer solchen Haltungspflege vorzuwerfen sind, läßt die Verfasserin offen.

Klaus Flath

F. GOGUEL — A. GROSSER
POLITIK À LA FRANÇAISE

Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh 1966. 380 S., Ln. 28 D-Mark.

Zwei Autoren, die mit allem Rüstzeug historischer, soziologischer und staatsrechtlicher Schulung seit langem das politische Leben Frankreichs verfolgen und in Büchern wie in der Presse mit zahlreichen, viel beachteten Analysen hervorgetreten sind, unternehmen es, die Eigenheiten der französischen Politik verständlich zu machen, jene Eigenheiten, auf die Nichtfranzosen nur zu oft mit mißbilligendem Kopfschütteln, manchmal auch mit Bewunderung reagieren. Mit strenger wissenschaftlicher Objektivität werden die Faktoren, die im politischen Leben Frankreichs eine Rolle spielen, aufgezeigt, die überlieferten Verhaltensweisen und nationalen Mythen, die Lokalpolitik, die Parteien, die Interessenverbände, die Massenmedien, um dann geschriebene und Gewohnheitsrechte der verfassungsmäßigen politischen Instrumente (Parlament, Regierung, Präsidentschaft der Republik) sorgfältig zu untersuchen und ihr Kräfteverhältnis zu bestimmen.

Beide Autoren vertreten den Standpunkt und belegen ihn mit Zitaten aus dem Verfassungstext und Hinweisen auf erfolgte politische Akte, daß es auch im Frankreich der Fünften Republik bedeutend mehr Demokratie gibt, als die öffentliche Meinung anderer Länder vielfach zuzugestehen gewillt ist. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die politischen Institutionen Frankreichs und durch ihr Funktionieren zwei urdemokratische Prinzipien: das der Volkssouveränität und das Mehr-

heitsprinzip. Exakt wird nachgewiesen, wie diese Prinzipien im Verfassungstext zum Ausdruck kommen und in der Zeit der Fünften Republik wesentliche politische Entscheidungen immer wieder bestimmt haben. Auch *de Gaulles* Regime ist auf ihnen aufgebaut, und wenn es manchmal anders scheint, so geht das auf die persönliche Eigenart des Präsidenten Frankreichs zurück und, wie in dem Buch richtig betont wird, auf das Bild, das sich die Franzosen zu Recht oder zu Unrecht von ihm machen, sowie auf das Bedürfnis, dieses Bild aufrechtzuerhalten. Die Vorstellung, die sie von der Person und politischen Funktion des Generals de Gaulle haben, ist heute zu einer realen politischen Kraft geworden.

Im übrigen liegt gerade einer der Vorzüge dieses Buches darin, daß nicht dauernd von de Gaulle die Rede ist, sondern viel mehr von den Kräften, die neben ihm ausschlaggebend das politische Geschick Frankreichs beeinflussen, von den großen Problemen, vor denen das Land steht und mit denen es sich auseinandersetzen muß. Es kann als das besondere Schicksal Frankreichs gelten, das ihm aufgegeben ist, in einer Zeit, in der seine Anpassung an die moderne Industriegesellschaft zu erfolgen hat und ein erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Nachholbedarf zu bewältigen ist, auch die große Aufgabe seines Rückzugs aus dem ehemaligen Kolonialreich zu lösen war.

Welche politischen Mittel und Instrumente ihm dabei zur Verfügung stehen, welche tiefverwurzelten, historisch bedingten Reaktionen und Gewohnheiten seinen Weg in die Zukunft erschweren, macht dieses Buch mit seltener Klarheit und aus einer ausgeprägt humanistischen Einstellung heraus deutlich, so daß seine Lektüre jedem nachdrücklich zu empfehlen ist, der Frankreichs Politik verstehen will. Den einzelnen Kapiteln ist eine Auswahl von Dokumenten beigegeben, ergänzt durch einen Anhang von Tabellen und Übersichten, welche die Konklusionen der Autoren erhärten. *Alexander von Platen* hat die geschickte Übersetzung besorgt.
Walter Gysling

H. G. AMSEL

GELD UND KRIMINALITÄT

Ein Beitrag zum institutionellen Denken. Hünenburg-Verlag, Burg Stettenfels/Heilbronn 1965. 83 S., kart. 7,80 DM, Hbln. 9,60 DM.

Heute hat ein allgemeines Gefühl des Unbeschütztseins gegenüber Angriffen auf die eigene Person und auf das Eigentum nicht nur die Bevölkerung der Großstädte ergriffen, sondern genau so die von ländlichen Bezirken. Die lokale Presse bringt immer aufs Neue sich häufende Berichte über freche Verbrechen. Dr. Amsel zeigt den Zusammenhang zwischen charakterlichen Anlagen und dem Einfluß der Umwelt auf. Dieses Begriffspar steht in

funktional-kausalem Zusammenhang, das eine ohne das andere existiert nicht.

Einer unserer ersten Psychologen, *Wolfgang Metzger*, sagt: „Antriebe existieren nicht isoliert in unserem Innern. Sie stellen vielmehr Antworten dar auf die Art, wie die Umwelt sich dem Menschen gibt.“ Ein Blick auf die Tabelle I (S. 63) erweist die Richtigkeit dieser Behauptung. Die Entwicklung der Straffälligkeit bei uns stieg von 1885 (46 Millionen Einwohner) bis 1937 (62 Mill.) von 402 000 auf 504 000 Fälle. Aber dazwischen lagen die Jahre 1923 und 1924 mit je 968 000 und 817 000 erfaßten Delikten. Diese Höhepunkte der Inflation zeigen den Einfluß der veränderten Umwelt. Von 1950 bis 1960 zeigt die Tabelle fast eine Verdoppelung der Kriminalität. Dazu muß man ferner wissen, daß 1954 die Zahl der nicht aufgeklärten Verbrechen 400 000 betrug, 1961 bereits 700 000. Bundesinnenminister *Höcherl* gab 1964 an, daß die Bevölkerung um 1,2 vH gestiegen sei, die Zahl der bekannt gewordenen Verbrechen und Vergehen (ohne Verkehrskriminalität) aber um 4,1 vH anstieg.

Den Staatsbürger sollte auch die finanzielle Seite der Verbrechen interessieren. *World Report* (USA) berichtet, daß 1954 die durch Verbrechen verursachten Kosten jährlich 20 Milliarden Dollar betragen, die Ausgaben für Erziehung wenig über die Hälfte dieser Summe. 1960 erreichte die Zahl der ermittelten Straftaten in der BRD zusammen mit Westberlin zum erstenmal die Zwei-Millionengrenze und überstieg sie 1961 um 120 000.

Die treibende Kraft hinter den meisten Verbrechen ist die Gier nach Geld; ausgenommen davon sind nur Affekthandlungen und reine Triebverbrechen. Geld beherrscht nicht nur den Menschen, sondern auch die Wirtschaft, Organisationen, Parteien usw.: „Geld regiert die Welt“. Ein Schutz für die Verbrecher ist die Anonymität des Geldes. Man sieht ihm nicht an, woher es kommt.

Gegen die Zunahme der Verbrechen wird vom Verfasser der Ersatz des unpersönlichen Zahlungsmittels Geld durch ein persönliches empfohlen. Er beschreibt einen, wenn er durchzuführen ist, einfachen Weg, nämlich die sehr ausgeweitete Verwendung des jetzt schon bei uns in geringem Maße benutzten reinen Verrechnungsschecks. Auf S. 35 bis S. 62 erörtert er ausführlich, wie der Gebrauch dieses Schecks ein Hemmschuh für verbrecherische Handlungen sein würde. Das kann im Rahmen einer Buchbesprechung nicht auseinandergesetzt werden. Diese Überlegungen müßten von Fachleuten untersucht und geprüft werden. Amsel will die Institution des Zahlungsverkehrs ändern, nachdem die Erziehung des Individuums ihr Ziel nicht hat erreichen können. Man wünscht dem angeschnittenen Thema „Generalangriff auf das Verbrechen“ eine weite Kreise erfassende Erörterung, aus der sich ein Umdenken ergäbe. Wir haben in

bezug auf Kriminalität einen Stand erreicht, der zu großer Besorgnis Anlaß gibt. (Nicht zustimmen kann man der Fußnote S. 12 über die Neger und andere Rassen. Da hat der Verfasser seine eigene These, jedenfalls für die amerikanischen Neger, übersehen, nämlich den Einfluß der Umwelt.)

Prof. Katharina Petersen

OSKAR MORGENSTERN

SPIELTHEORIE UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

R. Oldenbourg Verlag, Wien—München 1963.
200 S., brosch. 13,80 DM.

Oskar Morgenstern zählt zu den bedeutendsten der in den Vereinigten Staaten lehrenden Wirtschaftstheoretikern. Sein gemeinsam mit *John von Neumann* 1944 unternommener Versuch, mit Hilfe einer „Theorie der Spiele“ das theoretische Instrumentarium der Nationalökonomie zu erweitern, wird heute noch diskutiert und hat auf die Arbeiten zahlreicher jüngerer Theoretiker befruchtend gewirkt. Unter dem zusammenfassenden Titel „Spieltheorie und Wirtschaftswissenschaft“ legt der Verlag Oldenbourg hier sechs Aufsätze Morgensterns vor. Schon die Titel und die Angaben über das erstmalige Erscheinungsjahr dieser Abhandlungen zeigen Spannweite und Kontinuität der Arbeiten Morgensterns:

Wann ist ein wirtschaftspolitisches Problem lösbar? (1953)

Gibt es Grenzen für die Anwendung mathematischer Verfahren in der Wirtschaftswissenschaft? (1963)

Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht (1935)

Die Theorie der Spiele und des wirtschaftlichen Verhaltens (1950)

Die Anwendung der Spieltheorie in der Wirtschaftswissenschaft (1962)

Grundzüge einer neuen Theorie der Nachfrage (1948).

Hervorzuheben sind unter diesen Arbeiten die jüngste über die Grenzen der mathematischen Verfahren und die 1948 erstmals erschienenen Grundzüge einer neuen Nachfragetheorie. Morgensterns Ausführungen über die Anwendung der mathematischen Verfahren sollten in der Bundesrepublik vor allem in den Wirtschaftsministerien zur Pflichtlektüre erklärt werden; vielleicht gäbe es dann dort etwas präzisere Formulierungen anstelle der vom Bundeskanzler kreierte wolkenigen Redensarten. Mit seiner neuen Theorie der Nachfrage hat Morgenstern unter Verwendung der Erkenntnisse der Spieltheorie das herkömmliche Instrumentarium erheblich erweitert, wodurch sich auch die Berücksichtigung „weit verwickelter Arten von Gleichgewichten“ (S. 181) als möglich erweist.

Am Schluß des Bandes finden sich zwei Kurzbiographien des Verfassers über *Abraham-Wald* und *John von Neumann*, den beiden Mathematikern und Nationalökonom, denen sich Oskar Morgenstern tief verpflichtet fühlt und die seine eigenen Arbeiten entschieden beeinflussen haben.

Dr. Herbert Ehrenberg

BENJAMIN WELLES

SPANIEN — ENDE EINER DIKTATUR

R. Piper & Co. Verlag, München 1967. 432 S., Ln. 26,— DM.

Welles ist ein amerikanischer Journalist, der mehrere Jahre für die *New York Times* aus Madrid berichtete. Das nun vorliegende Buch enthält eine Fülle von Material, von dem vieles in Deutschland wenig bekannt ist. Die wichtigsten Kräfte der spanischen Gesellschaft werden gründlich analysiert, die Personen geschildert und ihre politische Rolle erläutert. Manchmal wird der Autor etwas weitschweifig, bleibt an Einzelheiten des Tages zu sehr haften; insgesamt gelingt es ihm aber, *Franco-Spanien* in seinen Widersprüchen verständlich zu machen.

Allerdings unterliegt Welles selbst Widersprüchen. Seine Schilderungen sind manchmal, wenn er soziale oder wirtschaftliche Zustände beschreibt, ungenau, die Schlußfolgerungen teilweise falsch. Niemand wird die Industrialisierung Spaniens oder eine gewisse Steigerung des Lebensstandards leugnen, aber die absoluten Zahlen der Steigerung des Verbrauchs von Elektrizität und die Zahl der verkauften Kühlschränke erinnern an die Propagandazahlen der Russen und haben ebenso viel oder . ebenso wenig Aussagewert über die tatsächlichen Lebensbedingungen. Nur nebenbei wird die verheerende Wirkung der Inflation auf die Einkommen . gestreift. 4 DM Tagesmindestlohn gibt ein klareres Bild von den jämmerlichen Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen als die Lobhudelei über die angeblich vorbildliche Sozialgesetzgebung.

Der Zwang für Hunderttausende, im Ausland ihr Brot verdienen zu müssen, um ihre Familie in Spanien ernähren zu können und die Unmöglichkeit, mit einem Gehalt oder Lohn in Spanien die Familie ausreichend zu ernähren, sind die Ursache dafür, daß die Unruhe in der Arbeiterschaft das Hauptproblem der Wirtschaft ist.

Im Nachwort wird auf die umfangreichen Streiks und Massendemonstrationen Anfang 1967 hingewiesen. Franco und seine Regierung werden weniger denn je mit den Problemen ihres Landes fertig. Aber Welles schreibt von Franco dem „gutwilligen Despoten“, vom „unsterblichen Franco“, wenn es ihm gelänge, die Stabilität zu erhalten. Doch das gelingt ihm eben nicht. Kein spanisches Problem hat

Franco gelöst. Spanien ist in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise. Die „Europäer“ und die „Liberale“ an der Spitze werden zurückgedrängt und die korrupte Falange erhält wieder größeren Einfluß. Franco-Spanien bleibt von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgeschlossen. Das Franco-Regime kann sich nicht aus sich selbst erneuern oder demokratisieren, wie Welles meint und empfiehlt.

Das Franco-Regime muß vom spanischen Volk gestürzt oder abgelöst werden. Es gibt diese Kräfte, die darauf hinarbeiten. Die Opposition im Lande wird immer selbstbewußter. Die großen, teils langen Streiks der Arbeiter zeigen es ebenso wie die zahlreichen Demonstrationen von Studenten, Professoren und katholischen Geistlichen.

Der katholisch konservative *Gil Robles*, der emigrierte Philosoph *Madariaga*, der Sozialistenführer *Llopis*, der Abt von Montserrat, um nun einige Persönlichkeiten zu nennen, zeigen die Breite und Tiefe des Widerstandes und die Basis des Spaniens von Morgen.

Das Buch von Welles enthält viel Material zum Verständnis Spaniens und er hat wahrscheinlich recht, daß sich heute Zweidrittel der Spanier in freien Wahlen für ein demokratisches sozialistisches Spanien entscheiden würden.

Peter Blachstein

DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG
IN AUGENZEUGENBERICHTEN

Herausgegeben und eingeleitet von Hans-Christian Kirsch. Karl-Rauch-Verlag, Düsseldorf 1967. 472 S., 31 Abb., Ln. 24,80 DM.

Die deutsche Literatur über den spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 ist wenig ergiebig; auch dieses Buch gibt kein zuverlässiges Bild der Ereignisse und Zusammenhänge. Die Methode, Berichte von Augenzeugen nach 30 Jahren nachzudrucken, ohne die notwendigen Korrekturen anzubringen, ist fragwürdig.

Es sind in den aktuellen Quellen zu viele Fehler, die noch heute das Bild mehr verwirren als klären. Das Buch enthält viele interessante Einzelheiten, aber es ergibt keine zutreffende Gesamtdarstellung. Auch dem Herausgeber unterlaufen Fehler und Irrtümer. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Engländer *Bob Smilie* wird nicht nach den Maitagen von Stalinisten liquidiert, er wurde Wochen vorher bei der Ausreise von Stalinisten inhaftiert und starb im Gefängnis, wahrscheinlich an der Verweigerung ärztlicher Hilfe. Der Herausgeber sollte auch nicht die kommunistische Terminologie verwenden und die POUM- eine trotzkistische Arbeiterpartei nennen, was sie nicht war.

Es ist schade, daß bei guter Absicht nicht mehr herausgekommen ist.

Peter Blachstein

BUCHBESPRECHUNGEN

OTTO PETERS

DAS FERNSTUDIUM AN DEN HOCHSCHULEN DER SOWJETUNION

Schriftenreihe des Hamburger Fern-Lehrinstituts, Heft 2, herausgegeben von Rudolf Manfred Dellling, Walter Schultz Verlag KG, Hamburg-Rahlstedt 1967. 60 S., kart. 6,— DM.

Der Fernunterricht hat in den letzten Jahren auch in Deutschland einen starken Aufschwung genommen; in den akademischen Bereich vermochte er aber bis jetzt nur in der DDR einzudringen. Demgegenüber hat die Sowjetunion das hochschulmäßige Fernstudium schon Ende der dreißiger Jahre systematisch ausgebaut. Die mit dem Schultz-Rahe-Förderpreis ausgezeichnete Arbeit gibt darüber einen guten Überblick.

Aufnahmeprüfung, Einführungsverlesungen, Fachvorlesungen, Zwischenprüfungen, Laborübungen, Praktika, Studienleitung, Lehrbücher, ergänzende Fachliteratur, Kontrollarbeiten, Konsultationen, praktische Arbeit und Abschlußprüfung sind die methodische Basis, auf denen das russische Fernstudium ruht. In weiteren Abschnitten wird vor allem über Wirksamkeit und Bedeutung des Fernstudiums im größten Land des Ostens berichtet. Welches Gewicht diese Studienform dort inzwischen erlangt hat, geht allein daraus hervor, daß 1964 bereits 1 438 600 Fernstudenten an rund 880 Hochschulen und 30 unabhängigen Fernhochschulen eingeschrieben waren. Das sind 47 % aller russischen Hochschulere.

Es steht außer Frage, daß das akademische Fernstudium in absehbarer Zeit auch bei uns aktuell werden wird, wenn es darum geht, mit den rapide anwachsenden Studentenzahlen fertigzuwerden. Eine befriedigende Lösung dieses Problems dürfte durch die Gründung neuer Hochschulen allein auf die Dauer kaum möglich sein. Man kann daher nur wünschen, daß die Studie von Peters auch bei den zuständigen, staatlichen Stellen und in der interessierten Öffentlichkeit Beachtung findet.

Herbert Gröger

LEO LIPSKI

PIOTRUS — EIN APOKRYPH

Aus dem Polnischen von Oskar Jan Tauschinski. Hermann Luchterhand Verlag G.m.b.H., Neuwied und Berlin 1967. 156 S., Ln. DM 13,80.

Ein Apokryph ist eine Schrift, die nicht in den Kanon der Bibel aufgenommen ist, weil Zweifel an ihrer Authentizität (wie man diesen Begriff nun auch verstehen mag) bestehen.

Das vorliegende Buch des in Israel lebenden Leo Lipski handelt weder von edlen Mitgliedern eines Kibbuz, noch von heldenhaften Angehörigen der Armee, nicht vom Aufbau des Staates, Malaria-Bekämpfung und Araberaufständen. Es handelt von sehr klei-

nen Leuten, die hart an der Grenze leben, wo die Unterwelt beginnt, von einem Krüppel, der sich verkauft und der dann das Klosett einer Wohnung besetzt halten muß, um die Untermieter herauszugraulen, und ein Verhältnis mit einer Sex-Bombe hat. Da sich dies alles im Tel Aviv der vierziger Jahre abspielt, das immerfort so anders als in anderen Büchern beschrieben wird, ist die Bezeichnung „Apokryph“ nicht unangebracht.

Der Stil des Buches ist dem Geschehen angepaßt, kraß, dem Leser keine unappetitlichen Einzelheiten ersparend, mit gelegentlichen Abschweifungen ins Pseudo-philosophische, wie es heute so vielfach Mode ist und gern gekauft wird.

Für den Übersetzer, Herrn Tauschinski: Die kleinste Münze im Mandatspalästina war ein Mil (nicht: Mils), und die berühmte Moschee heißt Omar-Moschee (nicht Omara).

Dr. R. Sivron-Hoffnung

KIT MOUAT

LEBEN IN DIESER WELT

Philosophie und Moral eines nichtchristlichen Humanismus. Aus dem Englischen von Maximiliane von Meng. Szczesny Verlag, München 1964. 244 S., Ln. 12,80 DM.

In den angelsächsischen Ländern wird der Begriff „Humanismus“ in einem anderen Sinn verstanden als bei uns. Er bezeichnet dort eine Lebensphilosophie, die sich ausschließlich auf die menschliche Vernunft gründet und jede theistische Religiosität ablehnt. Diesen Humanismus interpretiert die Engländerin *Kit Mouat*. („What Humanism is about“ lautet der Originaltitel). Dichter und Philosophen wie *Bertrand Russell*, *Julian Huxley*, *G. B. Shaw* und *John Galsworthy* sind bedeutende Vertreter dieser Geisteshaltung; von ihnen hat die Autorin gelernt und ihre Argumente übernommen.

Humanisten brauchen keine übernatürliche Gottheit, um gut und glücklich zu sein. Sie glauben an die Würde des Menschen, nicht an seine Erbsünde. Ihre Ethik beziehen sie aus den Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen der gesamten Menschheit. „Der Humanismus sieht die Religion als etwas an, das ganz anders und viel tiefer ist als der Glaube an einen Gott. Für ihn ist Religion nicht der Versuch, die richtige Beziehung zu einem übernatürlichen Wesen herzustellen, sondern Religion ist der Impuls im menschlichen Leben, der uns veranlaßt, nach Höherem zu verlangen, sich immer strebend zu bemühen.“ (S. 29) So bekannte ein humanistischer Pionier, *John Dietrich*, und *Julian Huxley* betont: „Die grundlegende Umformung der Religion bedeutet, daß der Mensch die letzte Verantwortung übernimmt, die er bis dahin Gott zugeschoben hat“ (S. 32). *John Galsworthy* schrieb: „Humanismus ist das Glaubensbekenntnis derer, die meinen, das Schicksal des Menschen liege inner-

halb des ihn allseits umgebenden Geheimnisses in seiner eigenen Hand — ein Glaube, der für den modernen Menschen immer mehr zum einzig möglichen Glauben wird" (S. 49);

Kit Mouat fordert diesen Prinzipien gemäß eine Überprüfung der bestehenden Auffassungen auf den Gebieten der Erziehung, der Sexualmoral und der Rechtspflege. In bewußt allgemeinverständlicher Weise wendet sie sich an alle diejenigen, die durch Tradition noch an den christlichen Glauben gebunden sind, jedoch Zweifel hegen. Sie ermutigt sie, über ihre Weltanschauung nachzudenken, zu diskutieren und eine Wahrheit für sich zu finden, selbst auf die Gefahr hin, als „unmoralisch" oder gar als „Kommunist" angesehen zu werden: Bewußte Nichtchristen werden dessen verdächtigt, und das nicht nur in England.

Anmerkungen geben dem interessierten Leser Hinweise auf die dem Buch zugrunde liegende christliche, nichtchristliche, geistes- und naturwissenschaftliche Literatur. *Eva Lorenz*

DIE REIHER UND ANDERE BRASILIANISCHE ERZÄHLUNGEN

Horst Erdmann Verlag für Internationalen Kulturaustausch, Herrenalb / Schwarzwald 1967. 399 S., Ln. 18,60 DM.

Dieses Buch, in dem brasilianische Zustände und Lebensgewohnheiten dem deutschsprechenden Leser nahegebracht werden sollen, bringt Autoren, die in den Jahren von 1882 bis 1937 geboren wurden.

Unter den politischen Gebietseinheiten der Erde nimmt Brasilien den viertgrößten Platz ein. Das Land ist sozusagen ein Kontinent für sich und noch dazu einer, in dem die gesellschaftlichen Gegensätze dauernd einen explosiven Charakter haben. Davon zeugen auch viele der von *Curt Meyer-Clason* ausgewählten Geschichten, die insgesamt mehr oder weniger gut erzählte Zustandsschilderungen, allerdings fast ohne sozialkritische Komponente, sind. Sie vermitteln von der Vielfalt alter und neuer Lebensformen in recht unterschiedlichen landschaftlichen Gegebenheiten ein anschauliches Bild und tragen so dazu bei, den Absichten dieser Buchreihe „Geistige Begegnung" dienlich zu sein. *Hermann Lücke*

JOSE M. RUIZ-MARCOS UNTERNEHMENSREFORM IN LATEINAMERIKA

Verlag für Literatur und Zeitgeschichte GmbH., Hannover 1966. 112 S., brosch. 19,80 DM.

Diese Untersuchung aus der Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Godesberg ist in mehrfacher Hinsicht instruktiv. Der Verfasser hat in den Jahren 1961 und 1962 als Sekretär eines Be-

vollmächtigten der katholischen Kirche fast alle lateinamerikanischen Länder besucht. Dabei sind Unternehmer, Gewerkschaftsführer, Politiker verschiedener Richtungen und Intellektuelle darüber befragt worden, welche Art einer Unternehmungsverfassung sie für wünschenswert und möglich halten, bei gleichzeitiger und gleichlaufender Reform der Betriebsverfassung bis zur totalen Umgestaltung heutiger, traditioneller Formen der kapitalistischen Unternehmen.

So vielschichtig der Kreis der Befragten war, so vielfältig sind auch die Antworten, wobei sich charakteristische Unterschiede auch noch aus der jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation der einzelnen Länder ergeben. Im ganzen wird aber die Haltung der Befragten individuell und offiziell bis in die Kreise der Gewerkschaftsorganisationen von einem antiquierten Liberalismus geprägt, dessen Sprachrohr die zahlreichen „Institute für sozialwissenschaftliche Forschung" sind.

Abschließend wird festgestellt, daß „persönliche Interessen und Ziele, Mangel an geschichtlich orientiertem Denken und an politischem Instinkt noch den größten Teil der Unternehmerschaft Lateinamerikas" kennzeichnen. Das entspricht in jeder Hinsicht den Intentionen der „Schutzmacht", deren „Allianz für den Fortschritt" nach Meinung des Untersuchenden zu „technical assistance" herabgewürdigt worden ist.

Damit verlieren seine vom Boden der katholischen Soziallehre her formulierten praktischen und diskussionswerten Vorschläge ihren Sinn, solange das Unrecht der Stärkeren innerhalb der eindeutigen Herrschaftsstrukturen der lateinamerikanischen Länder nicht auf dem Weg über die politischen Mittel beseitigt werden kann. *Hermann Lücke*

IDAR. HOOS AUTOMATION IM BÜRO

Schriftenreihe: Betrieb und Gesellschaft. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1966. 190 S., kart. 20 DM.

KONRAD S C H O L Z DIE BETRIEBLICHE REGELUNG PERSONELLER PROBLEME AUS DER BÜROKRATISIERUNG

Schriftenreihe: Probleme der Bürorationalisierung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1967. 72 S., kart. 6 DM.

Der Trend ist unverkennbar. Nachdem Rationalisierungsmaßnahmen, die bis hin zur Automation reichen, zunächst weitgehend auf die Produktion beschränkt blieben, wird seit einigen Jahren auch die Verwaltungsarbeit zunehmend rationalisiert und sogar automatisiert. Die kaufmännischen und technischen Büros so-

BUCHBESPRECHUNGEN

wie die der öffentlichen Hand erfahren damit einen tiefgreifenden Strukturwandel, der häufig für die Beschäftigten nachteilige Folgen zeitigt. Diese Folgen sind absehbar. Sie sind es vor allem auch deshalb, weil aus den Vereinigten Staaten bereits Erfahrungen über die Auswirkungen einer zunehmenden Automation im Büro vorliegen.

Ida R. Hoos (Berkeley/Kalifornien) beispielsweise hat eine gründliche Studie darüber schon 1961 veröffentlicht. Mit einer zeitlichen Verzögerung von fünf Jahren wurde diese Untersuchung nun ins Deutsche übertragen und erschien jetzt in der Europäischen Verlagsanstalt. Wenngleich die hier mitgeteilten amerikanischen Erfahrungen somit keineswegs auf dem neuesten Stand sind, können ihnen dennoch wichtige Hinweise über die möglichen Auswirkungen der Büroautomatisierung auch in der Bundesrepublik entnommen werden. So beschreibt *Ida R. Hoos* sehr eingehend, wie sich in den USA der Einsatz der Computer auf die Berufsstruktur der Büroangestellten, die Stellung des Büropersonals, den einzelnen betroffenen Arbeitnehmer, die Arbeitsgruppe und die Organisationsstruktur insgesamt auswirkt und zeigt auch die Rolle und die Verantwortung auf, die den Unternehmen und Gewerkschaften bei dieser dynamischen Entwicklung zukommen.

Es zeichnet sich ab, daß die Tätigkeitsmerkmale der Arbeitnehmer in der Produktion und in der Verwaltung einander immer ähnlicher werden, daß sich die traditionelle Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten zu schließen beginnt. Auf der anderen Seite werden durch die Automation eingearbeitete Gruppen auseinandergerissen und in zahlreichen Fällen Arbeitnehmer freigesetzt oder in ihrem sozialen Status gemindert. Die Autorin empfiehlt deshalb, die Umstellung auf automatisierte Betriebe nicht zu sehr zu beschleunigen. Es müsse berücksichtigt werden, daß der Mensch in diesem Modernisierungsprozeß nicht bloß als Mittel angesehen werden darf. Im übrigen komme es darauf an, durch empirische Untersuchungen eine gute Grundlage für analytische Diagnosen, positive Programme und politische Perspektiven zu erarbeiten. Forderungen, die bis heute weitgehend unerfüllt blieben. Selbst in den USA.

In der Bundesrepublik fehlen derart gründliche Analysen erst recht. *Konrad Scholz* gibt deshalb in seiner oben genannten Schrift mehr auf Erfahrung beruhende praktikable Hinweise, wie Betriebsräte soziale und personelle Probleme der Büro-rationalisierung in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung bewältigen können. Die Vereinbarungsvorschläge, die *Scholz* mitteilt, entstanden unter Beratung und Mitwirkung der Angestelltenabteilung der IG Metall. Damit ist diese Schrift ganz auf die Praxis abgestellt. Sie ist ein wertvolles Arbeits-

mittel für jeden Betriebsrat, der über Fragen der Büro-rationalisierung mit seiner Betriebsleitung zu verhandeln hat.

Günther Heyder

CAROLA MÖLLER

DIE EINFÜGUNG DER UNGELERNTEN JUNGARBEITERIN IN DEN INDUSTRIELLEN ARBEITSPROZESS

Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie, Band 3, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1966. VIII, 182 S., brosch. 20,40 DM,

Die wichtigsten Ergebnisse der in diesem Band der Kölner Beiträge veröffentlichten Untersuchung standen bereits in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (Heft 12/1965, S. 218 ff.). Die Autorin *Carola Möller* zeigte damals in einem Aufsatz die Fragestellung ihrer Arbeit auf, ging dann sehr detailliert auf die Untersuchung selbst ein und interpretierte deren Ergebnisse. Bereits in diesem Aufsatz, wurde deutlich, in welchem Maße die ungelernete Jungarbeiterin zu einer unterprivilegierten Rolle im Arbeitsprozeß verdammt wird. Einer Rolle zudem, die die meisten von ihnen ständig intellektuell unterfordert und so bewirkt, daß die bei vielen vorhandene geistige Kapazität während der Arbeit brachliegt, ja mit der Zeit abgebaut wird.

In der vorliegenden Buchveröffentlichung konnte *Carola Möller* selbstverständlich weit eingehender die Problematik der ungelerneten Jungarbeiterin darstellen als in ihrem notgedrungen kurzgefaßten Aufsatz. Sie beschreibt denn auch die triste Arbeitswirklichkeit der Ungelernten mit entlarvender Akribie. Sie scheut sich nicht, noch vielfach tabuierte Vorurteile zu demaskieren, und kommt zu Schlußfolgerungen, die auch von engagierten Gewerkschaftern nicht besser und nicht härter formuliert werden können.

Begrüßenswert ist insbesondere, daß *Carola Möller* die für die Persönlichkeitsbildung so wichtigen Bereiche der Familie und Schule in die Untersuchung mit einbezogen hat. Die eingehende Darstellung der weitgehend negativen Einflüsse aus diesen Bereichen — vor allem was die Vorbereitung auf die industrielle Arbeitswelt angeht — ist ein gewichtiger Pluspunkt dieser Buchveröffentlichung.

So erscheint die Lektüre der fundierten Untersuchung nicht nur für jeden Gewerkschafter von großer Wichtigkeit, sondern auch für Pädagogen, Politiker und für Eltern von heranwachsenden Töchtern. Denn: die Emanzipation der Frauen — *Carola Möllers* Untersuchung bestätigt das — steckt bei uns leider noch immer arg in den Kinderschuhen. So tut Aufklärung not; das vorliegende Buch hilft dabei mit.

Günther Heyder